

KURZ GEMELDET

Mit Flüssigkeit betäubt

Oldenburg: Ein Geschäftsmann ist in Oldenburg von Unbekannten auf mysteriöse Art bedroht und ausgeraubt worden. Das Opfer habe keine Erinnerung an den Überfall, teilte die Polizei am Mittwoch mit. Dem Autohändler sei eine unbekannte Flüssigkeit eingetrichtert worden, nachdem er in ein Auto gelockt und dort mit einer Schusswaffe bedroht wurde. Erst drei Tage später sei der hilflose Mann in Osnabrück gefunden worden. Die Täter stahlen ihm mehr als 20 000 Euro. In

Kutsche erreicht die Alpen

Cuxhaven: Die Ende April in Hechtshausen (Kreis Cuxhaven) gestartete Europa-Kutsche hat am Dienstag nach 1500 Kilometern die Alpen erreicht. Das siebenköpfige Team um Christine und Jürgen Reimer halte sich derzeit in Schwangau auf, teilten die Reisenden mit. Am Donnerstag will das Gespann mit der historischen Postkutsche Richtung Tirol aufbrechen. Auf der Weltrekordtour wollen die Hechtshausener in sechs Monaten mehr als 6000 Kilometer durch sechs Länder reisen. Letzte Station soll Ende Oktober Stade sein. In

Tipps für Skipper

Hamburg: Verhalten in Seenot, Fahrregeln und Tipps: Mit der Broschüre „Sicherheit im See- und Küstenbereich“ informiert das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) Wassersportler über alte und neue Regeln auf See. So werden die Herabsetzung der Promillegrenze für Freizeitskipper und neue Vorschriften für den Funkverkehr erläutert, teilte das BSH mit. Das 80 Seiten starke Heft erscheint zum sechsten Mal und ist beim BSH in Hamburg oder Rostock zu bekommen sowie im Internet abzurufen (www.bsh.de). In

ZUR PERSON

Gerhard Schröder, ehemaliger Bundeskanzler, ist reif für die Insel. Der 62-Jährige hat sich auf der ostfriesischen Nordseeinsel Borkum zwei Wohnungen im Obergeschoss eines Ferienhauses gekauft, sagte Stadtratsvorsitzender Derk Steemann am Mittwoch. Die Verhandlungen seien vor fünf Wochen abgeschlossen worden. Derzeit werde der ursprünglich als Vier-Familien-Haus geplante Neubau umgestaltet. Das rote Backsteinhaus steht in idyllischer Lage in Strandnähe. Schröder soll die Wohnungen zum Preis von je 229 000 Euro erworben haben. Bis zum Spätsommer sollen sie unter anderem mit schusssicherem Glas ausgestattet und bezugsfähig sein, im Erdgeschoss könnten Sicherheitsleute einquartiert werden. In

Minister gibt Abschlussprüfung gute Noten

Hannover (kas). Nach dem ersten Durchlauf des Zentralabiturs hat es nun von Ministerseite auch für den ersten Tag der zentralen Prüfung für den Hauptschulabschluss gute Noten gegeben. Das Verfahren der Aufgabenübermittlung auf elektronischem Weg habe sich bewährt, teilte Niedersachsens Kultusminister Bernd Busemann am Mittwoch in Hannover mit. Alle gut 800 beteiligten Schulen seien pünktlich im Besitz der Aufgaben gewesen.

Die Schüler der neunten Klassen in den Hauptschulen, den Hauptschulzweigen der verbundenen Haupt- und Realschulen sowie der Kooperativen und Integrierten Gesamtschulen hatten am Dienstag die Abschlussarbeit im Fach Deutsch geschrieben. Wie schon beim Zentralabitur konnten die Schulleiter aus Sicherheitsgründen erst am Vortag der Prüfung die Aufgaben aus einem geschützten Bereich im Internet herunterladen. Der technische Ablauf war mit den Schulen in einer Generalprobe Mitte Februar getestet worden. „Mit den Aufgaben erhalten die Schulen Vorgaben zur Bewertung. Die Ergebnisse werden im Kultusministerium ausgewertet und an die Schulen zurückgemeldet“, erklärte Busemann. Die landesweiten Notendurchschnitte will das Ministerium in diesem Sommer veröffentlichen.

Es reicht für einen Schneemann

Schierke (Ini). Kälte im Mai und Juni kann auch schön sein. Während Niedersachsen drei Wochen vor Sommeranfang weiter vor sich hin fröstelt, freute sich Brockentouristin Magdalena aus Hamburg am Mittwoch darüber, dass es dort schneite. Für einen kleinen Schneemann nämlich reichte es schon. Bei Temperaturen um den Gefrierpunkt kam es auf dem höchsten Harzzipfel immer wieder zu Schneeschauern. Nach der Vorhersage der Meteorologen könnte das auch in den nächsten Tagen so bleiben.



Magdalena zeigt ihren Schneemann. dpa

42-Jähriger kapert Linienbus in Oldenburg

Polizei überwältigt Entführer vor Landeskrankenhaus / Täter wollte mit seiner getrennt lebenden Frau sprechen

Oldenburg (kau). Die Entführung eines Linienbusses in der Oldenburger Innenstadt hat am Mittwochnachmittag die Polizei in Oldenburg in Atem gehalten. Den Einsatzkräften gelang es, die Geiselnahme unblutig zu beenden. Nach etwa eineinhalb Stunden konnten sie den bewaffneten Täter überwältigen und festnehmen. Es wurde niemand verletzt.

Am Nachmittag habe ein 42-Jähriger einen Linienbus an der belebten Bushaltestelle Lappan nahe der Fußgängerzone in seine Gewalt gebracht, berichtete Polizeisprecher Josef Schade am Abend. Der 42-Jährige habe den Fahrer mit einer Schusswaffe bedroht, die Fahrgäste aber alle aussteigen lassen. Dann sei er mit dem 46 Jahre alten Busfahrer zum Landeskrankenhaus Wehnen gefahren. In Verhandlungen mit der Polizei forderte er einen Besuch bei seiner von ihm getrennt lebenden Ehefrau, einer Patientin dort.

Vor dem Landeskrankenhaus zwang der Täter den Busfahrer zum Aussteigen und betrat mit ihm das Gebäude. Man habe ihm per Handy ein Gespräch mit seiner Frau in Aussicht gestellt und ihn dazu bewegen können, das Gebäude wieder zu verlassen. Dabei konnten



Nach dem Ende der Entführung begutachten Beamte den abgestellten Bus. dpa

Einsatzkräfte den Mann überwältigen. Die Polizei hatte bei der Befreiungsaktion der Geisel eine gehörige Portion Glück. Zufällig hatten seit dem Vormittag Spezialkräfte in Oldenburg eine

Geiselnahme geübt. „Es war kurios“, berichtete Polizeisprecher Schade. „Die Übung war um 16.30 zu Ende, der Führungsstab saß noch hier im Polizeigebäude. Wenige Minuten später mel-

deten Passanten uns eine echte Geiselnahme.“ Wegen der Übung waren Spezialkräfte aus Hannover im nahen Osterholz unterwegs. Sie konnten innerhalb von etwa 30 Minuten zum Tatort kommen. „Das hat uns geholfen, die Entführung relativ schnell zu beenden“, meinte Schade. Um 18.07 Uhr konnten die Einsatzkräfte den Täter überwältigen und festnehmen. Bei der Aktion wurde niemand verletzt. Der Busfahrer stehe unter leichtem Schock, er und seine Familie würden von Fachleuten betreut, sagte Schade.

Der Täter sei polizeilich bekannt, berichtete der Polizeisprecher. Er sei wegen Gewaltdelikten und Widerstandshandlungen aufgefallen. Was ihn genau zu der Entführung bewegt habe, sei noch unklar. Der Mann wurde am Abend noch verhört. Er soll heute dem Haftrichter vorgeführt werden. Ihm werden Geiselnahme, Freiheitsberaubung und Schusswaffengebrauch zur Last gelegt. Für ihn spreche, dass er die Fahrgäste gleich frei gelassen habe, sagte Schade. Bei der Waffe handelte es sich um eine Schreckschusspistole, wie die Polizei später feststellte. Sie sei aber täuschend echt gewesen, sagte Schade.

Die verkannte Zielgruppe



Im „Supermarkt der Generationen“ in Chemnitz hängen Lupen für ältere Kunden. Besser wären größere Aufschriften auf den Verpackungen, meinen Fachleute.

Die Landesregierung nimmt die Generation 50 plus ins Visier. Waren und Dienstleistungen sollen sich stärker an den Bedürfnissen älterer Menschen orientieren, meint Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann. Gestern gründete sie eine „Landesinitiative für generationengerechte Produkte“. Die Geschäftsstelle ist in Wolfsburg.

VON MARGIT KAUTENBURGER

Wolfsburg. Großmütter, die eine Pflegeheim anpreisen, sind in der auf Jung getrimmten Werbebranche noch eine Seltenheit. Die Wirtschaft entdeckt nur zögerlich die ältere Generation als lukrative Zielgruppe. Dabei sind viele Senioren äußerst aktiv und anspruchsvoll. Sie reisen gern, surfen im Internet, sie haben – noch – ziemlich viel Geld, und sie werden immer mehr. „Leider fehlen oft die richtigen Angebote für ältere Menschen“, sagt Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann. Das soll sich in Niedersachsen ändern.

Die CDU-Politikerin hat gestern in Wolfsburg die „Landesinitiative generationengerechte Produkte“ ins Leben gerufen. Hinter dem sperrigen Namen verbirgt sich eine vielversprechende Idee: Wirtschaft, Handel und Dienstleister sollen mehr Produkte anbieten, die den Wünschen und Bedürfnissen älterer Menschen entsprechen. Die Wolfsburg AG, bei der die neue Geschäftsstelle angesiedelt ist, soll diese Initiative koordinieren. Das Land unterstützt das Projekt in diesem Jahr mit 60 000 Euro. „Generationengerechte Produkte werden ein kommender Mega-Markt“, versicherte Frank Woesthoff, Generalbevollmächtigter der Wolfsburg AG, gestern bei der Vorstellung der Initiative in Wolfsburg. Wie viele Arbeitsplätze möglicherweise entstehen, wollte er nicht schätzen.

„Wir wollen erreichen, dass innovative Produkte in Niedersachsen hergestellt und vermarktet werden“, erklärte Ross-Luttmann. Oft fehle es an einfachen Dingen wie gut lesbaren Aufschriften oder Verpackungen, die sich leicht öffnen lassen. Handys mit eingebauter Kamera seien für Jugendliche interessant. „Ältere wollen aber meist einfach nur telefonieren“. Mehr Serviceangebote im Pflegebereich, barrierefreie Wohnungen, verständlichere Bedienungsanleitungen – Handwerksunternehmen und Dienstleister könnten von diesem Markt profitieren, meint Ross-Luttmann. „Ein Drittel der Kaufkraft haben die Senioren“, rechnet die Ministerin

vor. 2003 hätten Haushalte von Menschen über 60 rund 308 Milliarden Euro ausgegeben. Leider hätten noch nicht alle Wirtschaftsunternehmen die Möglichkeiten erkannt.

Die Erkenntnis, dass eine ältere werdende Gesellschaft neue Produkte und Dienstleistungen braucht, ist



Das Senioren-Handy von Vodafone hat große Tasten. Dennoch war das Gerät ein Flop. Viele ältere Menschen wollen keine speziellen Seniorenprodukte kaufen. Der VW Touran ist für junge Familien konzipiert. Der Wagen sei jedoch bei Senioren besonders beliebt, weil der Einstieg leicht sei, sagt Ministerin Ross-Luttmann.

nicht neu. Unter den Stichworten „Seniorenwirtschaft“ oder „silver economy“ weisen Konsumforscher auf das enorme Potenzial hin. Nordrhein-Westfalen ist mit seiner „Landesinitiative Seniorenwirtschaft“ Vorreiter in Deutschland. Die Grünen im Landtag fordern seit Jahren, dass auch Niedersachsen aktiv wird.

Der Charme der neuen Landesinitiativ-

ve liege darin, dass neben den Unternehmensverbänden und Handwerkskammern auch der Seniorenbeirat und die Gewerkschaften im Boot seien, sagte die Ministerin. So sei gesichert, dass auch wirklich sinnvolle Produkte auf den Weg gebracht würden. Dass es schon gute Ideen gibt, berichtete Frank-Peter Ahlers von der Handwerkskammer Hannover. So böten hannoversche Maler an, vor dem Anstreichen die Möbel aus dem

Weg zu schaffen und sie später wieder aufzustellen.

„Dieser Service ist enorm beliebt – nicht nur bei Älteren.“



NACHGEFRAGT ...

... bei **MONIKA PRÖTT**, Initiatorin des „ReifeNetzwerkes“ – ein Unternehmenszusammenschluss, der Firmen berät, die in den Seniorenmarkt wollen.

„Firmen fürchten Imageschaden“

Wie groß ist die Nachfrage an besonderen Produkten?

Viele ältere Menschen wollen Qualität und einen guten Service. Die Gebrauchsanweisungen sollen verständlich und gut lesbar sein. Geräte wie DVD-Player oder Handys sollen einfach zu bedienen sein. Dafür sind kritische Verbraucher der Generation 50 plus auch bereit, Geld auszugeben. Das haben aber noch nicht alle Hersteller und Dienstleister erkannt.

Wenn der Markt so vielversprechend ist, warum setzen dann nicht mehr Firmen auf die Zielgruppe 50 plus?

Die meisten Unternehmen scheuen davor zurück, Produkte speziell für ältere Menschen anzubieten, weil das angeb-

lich dem Image schadet und sie nicht wissen, wie sie es angehen sollen. Umgekehrt lehnen auch viele ältere Menschen spezielle Seniorenprodukte ab, weil sie sich nicht in die Ecke der „Alten“ stellen lassen wollen.

Wie kann man das ändern?

Das Bild von den Menschen ab 50 muss sich ändern – in der Werbung und in den Medien. Denn viele in dieser Altersgruppe fühlen sich heute noch aktiv und jung. Diese Gruppe sollte selbstbewusst ihre Wünsche äußern. Ohne Nachfrage entwickelt sich auch kein Angebot.

Wo gibt es den größten Nachholbedarf?

Die Banken müssen sich auf eine ältere

Klientel einstellen. Heute bekommt man ab 60 nur schwer einen Kredit. Auch die Nahrungsmittelindustrie, die in Niedersachsen stark ist, wendet sich erst langsam den Älteren zu. Wünschenswert wären gut handhabbare Verpackungen mit gut lesbarer Aufschrift. Kein älterer Mensch möchte sich schließlich mit der Lupe in den Supermarkt stellen. In der Gesundheitsvorsorge gibt es bereits viele Angebote für Ältere, aber es fehlt die Bündelung: Reisen, Gesundheit, Ernährung und Bewegung – das ist eine erfolgversprechende Kombination. Ein Produkt, das für Ältere gut ist, ist auch für Junge gut.

Interview: Margit Kautenburger

Streit um Kosten der Personalräte

Widerstand von Beamten

Hannover (kw). Sind die Personalräte, die in den Landes- und Kommunalbehörden die Mitarbeiter gegenüber der Behördenspitze vertreten, zu üppig ausgestattet? Der Landesrechnungshof hatte diese Position in seinem Bericht vertreten, der Steuerzahlerbund forderte daraufhin eine Änderung des Gesetzes. Gestern nun hat der Beamtenbund gegen solche Versuche seinen „massiven Widerstand“ angekündigt. Alle Berechnungen, sagte der Beamtenbundsvorsitzende Friedhelm Schäfer, seien fragwürdig, und vom Steuerzahlerbund sei bekannt, „dass er auf jede Sau springt, die durchs Dorf getrieben wird“.

Nach der Darstellung des Rechnungshofs leistet sich Niedersachsen für die knapp 200 000 Landesbeschäftigten insgesamt 10 400 Personalratsmitglieder – allein 6700 davon seien für die 86 000 Bediensteten in den Schulen, vorwiegend Lehrer, zuständig. Wenn man alle Dienstbefreiungen, die Personalratsmitglieder beanspruchen können, zusammenrechnet, kommt man nach Ansicht des Rechnungshofs auf einen Gegenwert von 1083 Stellen. Nun empfiehlt die Prüfbehörde, die Freistellungen zurückzuschrauben. Auf diese Weise könne man bis zu 14 Millionen Euro sparen.

Der Bund der Steuerzahler zieht daraus die Schlussfolgerung, auf eine Änderung des Landesgesetzes zu drängen. Niedersachsen solle sich an Bayern oder Schleswig-Holstein orientieren und die Dienstbefreiungen stutzen. Vermindert werden könnten so auch Vorschriften, in welchen Fällen ein Personalrat an Entscheidungen der Behördenleitung beteiligt werden muss.

Solchen Überlegungen erteilt der Beamtenbund eine strikte Absage. Die Verwaltungsreform habe gezeigt, dass Personalräte kein Hemmschuh sind, sondern sich offen für Veränderungen zeigen, betont der Vorsitzende Friedhelm Schäfer. Außerdem zweifelt er die Zahlen des Landesrechnungshofs an. Niemand könne eine Beschneidung von Rechten der Personalvertretung zu solch einer immensen Entlastung der Personalausgaben des Landes führen.

Schäfers Bedenken finden derzeit auch in der Landesregierung Gehör: Erst Mitte Mai hatte sich Ministerpräsident Christian Wulff mit der DGB-Spitze geeinigt, das Gesetz weitgehend unverändert zu lassen. In den vergangenen Jahren war im Landtag immer mal wieder diskutiert worden, ob die Rechte der Personalräte beschnitten werden sollen.

Zielfahnder fassen Kinderschänder

Hann. Münden (pid). Zielfahnder der Zentralen Kriminalpolizeiinspektion Hildesheim haben einen 41-jährigen mutmaßlichen Kinderschänder aus dem Raum Hann. Münden (Kreis Göttingen) in der Eifel aufgespürt und festgenommen. Er sitzt inzwischen aufgrund eines Haftbefehls des Amtsgerichts Hann.Münden in Untersuchungshaft. Der 41-Jährige soll im vergangenen Jahr über mehrere Monate hinweg drei Jungen aus der Nachbarschaft sexuell missbraucht haben.

Nach den bisherigen Ermittlungen hat der 41-Jährige in mindestens 20 Fällen sexuelle Handlungen an den Jungen vorgenommen, teilte am Mittwoch ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Göttingen mit. Die Jungen seien bei dem Mann zu Besuch gewesen und hätten auch gelegentlich bei ihm übernachtet. Von einigen Missbrauchshandlungen soll der Mann auch Fotos gemacht haben.

Die Taten waren aufgefallen, nachdem eines der Opfer seiner Mutter davon berichtet hatte. Diese hatte dann die Polizei eingeschaltet. Nach seiner ersten polizeilichen Vernehmung, bei der er noch keine Angaben gemacht hatte, war der 41-Jährige dann Ende Februar untergetaucht. Daraufhin hatte die Staatsanwaltschaft Haftbefehl beantragt und die Zielfahndung eingeschaltet.

BGH: Stadt muss für Stollen zahlen

Salzgitter (jkr). Salzgitter hat den Rechtsstreit um die Sanierung der Luftschutzzellen im Stadtgebiet endgültig verloren. Der Bundesgerichtshof (BGH) habe die Forderung der Stadt, der Bund müsse sich finanziell an der Sicherung der baufälligen Anlagen beteiligen, in letzter Instanz zurückgewiesen, teilte Michael Kalde vom Oberlandesgericht (OLG) Braunschweig am Mittwoch mit. Die Karlsruher Richter hätten sich damit der Auffassung des OLG und des Landgerichts Braunschweig angeschlossen. Beide Gerichte hatten entschieden, dass Salzgitter keine Ansprüche auf eine Kostenerstattung nach dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz habe. Entsprechende Forderungen hätte die Stadt bis spätestens 1959 stellen müssen.

Die 13 unterirdischen Stollen waren im Zweiten Weltkrieg als Schutzräume für die Beschäftigten der Stahl- und Rüstungsindustrie angelegt worden. Die Länge der einsturzgefährdeten Anlagen beträgt insgesamt mehr als sieben Kilometer. Für die Sanierung kommen Kosten von gut sieben Millionen Euro auf die Stadt zu. Fünf Millionen davon übernimmt allerdings das Land.